

DIE FACKEL

Nr. 37

WIEN, ANFANG APRIL 1900

II. JAHR

Am 1. April, so hatte ich seinerzeit prophezeit, würden die Ergebnisse der sozialen und nationalen Verständigungsbemühungen des Herrn v. Koerber öffentlich bekannt werden. Und als der April erschien, da bestürmten die Industriellen die Regierung mit Vorstellungen, weil die Grubenbesitzer nach ihrem Sieg über die Arbeiter den Kohlenpreis weit stärker verteuerten, als sie es für den Fall der Bewilligung der Arbeiterforderungen vordem angedroht hatten; und im Prager Landtag wurden der Regierung die Fetzen der Verständigungsprotokolle um die Ohren geschlagen. Der Ausgang des Kohlenstreiks wird die Regierung sicherlich nicht schmerzen; die Erhöhung der Kohlenpreise vermag sie als bestes Argument auszuspielen, wenn es dem Reichsrat befielen, die Neunstundenschicht tatsächlich im Gesetz festzulegen. Schließlich ist es begreiflich, daß die Regierung sich der kapitalistischen Interessen annimmt. Weiß sie sich doch dabei mit der wahren Überzeugung des Parlaments einig, dessen aus seiner Struktur unerklärliche Arbeiterfreundlichkeit in der letzten Tagung nur einen Grund hatte: Die Herren wollten, um sich ganz und gar ihren nationalen Streitigkeiten widmen zu können, alle Steine des Anstoßes nicht etwa zertrümmern, sondern bloß von der parlamentarischen Bahn hinwegräumen. Aber das Scheitern der Bemühungen um die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen muß der Ministerschaft Koerbers ein Ende machen. Die ganze Aktion war von Anbeginn aussichtslos. In der wichtigsten Frage, der Sprachenfrage bei den Behörden, konnten die Tschechen kein Zugeständnis machen, als daß sie auf die Zweisprachigkeit der Beamten verzichten und sich mit der Zweisprachigkeit der Ämter begnügen. An dieser Forderung aber hält das ganze tschechische Volk, aus staatsrechtlichen Gründen die einen, aus sozialen Gründen die anderen, fest. Die tschechischen Minoritäten, die durch die Zweisprachigkeit geschützt werden sollen, gehören den unteren Bevölkerungsschichten, dem Arbeiter— und Dienstbotenproletariat, an. Es ist nur billig, daß diesen Personen der ohnehin dürftige Rechtsschutz nicht noch durch sprachliche Schwierigkeiten verkümmert werde. Aus sachlichen Gründen könnten nun die Deutschen diese Forderung wohl zugestehen. Der deutschen Fortschritts— und der Volkspartei müßte am Schutz der kleinsten Minoritäten, mit Rücksicht auf die soziale Struktur ihrer Wählerschaft, sogar viel gelegen sein. Denn die geringfügigen deutschen Minoritäten in den rein tschechischen Bezirken bestehen hauptsächlich aus Kapitalisten, Fabrikanten und Kaufleuten, deren wirtschaftliche Interessen jene Parteien eben vertreten. Aber die Einigung in den Verständigungskonferenzen würde die Wiederaufrichtung der Majoritätsherrschaft der Rechten bedeuten; und der Kampf zwischen Deutschen und Tschechen ist ja wesentlich ein Kampf um den Einfluß auf die Regierung.

Es hat sich gezeigt, daß man gegen die parlamentarische Majorität eine Zeitlang verwalten kann, Aber solange man nicht entschlossen ist, unserem

ganzen »Parlamentarismus« ein Ende zu machen, kann man gegen sie nicht regieren. Und deshalb hoffen die Tschechen jetzt mit gutem Grunde auf die Erfüllung ihrer Forderungen. Wie sie erfolgen soll? Ich möchte dem Nachfolger des Herrn v. Koerber schon jetzt davon abraten, es nochmals mit verbrauchten Mitteln zu versuchen. Wenn er etwa Herrn Koerber am letzten Tage seiner Ministerschaft die interne tschechische Amtssprache im Verordnungswege bewilligen ließe, würde das alles eher als den Frieden bedeuten. Der Friede! Hoffnungsvolle Gemüter haben ihn zu den Ostern begrüßen zu können geglaubt. Nun sind die Ostern da. Aber wie heißt es im alten Lied von Marlborough? *Il viendra vers les Pâques ou vers la Trinité ...*

*

Jetzt hat auch der Handelsminister seine Verständigungskonferenz abhalten können. Kohlenverkäufer und Kohlenkäufer stritten, der Minister als *tertius gaudens* rieb sich die Hände und erklärte schließlich, das sei sehr angenehm und werde noch später für ihn eine angenehme Erinnerung bilden. Herr v. Call hatte sich ursprünglich auf positive Erfolge gefreut; die aber blieben ihm versagt. Denn überall gibt es Spaßverderber. Graf Larisch hat dem Handelsminister sein Vergnügen nicht gönnen wollen. Als Präsident des »Centralvereins der Bergwerksbesitzer« erklärte er schlankweg, er habe jetzt keine Zeit für Konferenzen; überhaupt wüßten die Kohlenproduzenten selbst fertig zu werden. So zurückgewiesen, glaubte Herr v. Call nach einigem Nachdenken doch ein Mittel gefunden zu haben, um den Grafen Larisch zur Teilnahme an der Enquete zu vermögen. Er sandte eine Einladung an ihn, in der der Herr Graf als Obmann des »Vereines der Montan—, Eisen— und Maschinenindustriellen« gebeten wurde, sich der Interessen der Kohlenkonsumenten anzunehmen. Aber auch diesmal lehnte Graf Larisch ab. Er erklärte, die Regierung könne zur Regelung der Preise nichts beitragen; die Preise würden lediglich durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Diese zweite Absage zeichnete Graf Larisch nicht selbst, sondern ließ sie von dem Vizepräsidenten des Vereines unterfertigen. Der Handelsminister verzweifelte; er hatte ja gerade deshalb auf die Teilnahme des Grafen Larisch an der Verständigungsaktion so großen Wert gelegt, weil er auf die friedliche Stimmung dieses Mannes rechnen zu können geglaubt hatte. Der Handelsminister hatte gedacht, Larisch, der Kohlenproduzent, erhalte von Larisch, dem Kohlenkonsumenten, einfach jenen Preis gezahlt, der den Produktionskosten samt einem bürgerlichen (*sit venia verbo!*) Gewinn entspricht. Und nun erfuhr er, daß der Preis, zu dem Graf Larisch sich die Kohle verkauft, davon abhängt, ob Graf Larisch sich mehr oder weniger Kohle anbietet als er braucht. So war denn auch die Verständigungsaktion des Handelsministers gescheitert, noch ehe sie begann. Denn wie sollten die Teilnehmer der Enquete sich einigen, wenn der Graf Larisch mit sich selbst nicht eins zu werden vermag?

* * *

Unsre Wiener Liberalen haben es dem Dr. Lueger tüchtig gegeben. Die ganze Bürgermeisterschaft von Wien ist kein Vergnügen mehr: erst die harte Arbeit mit der Verwaltung und dann, statt des frohen Spiels, der Hetz', die's früher im Gemeinderate gab, eintönige Abstimmungen über gleichgültige Geschäftsstücke. Aber die Rachsucht der Opposition hat sich nicht damit begnügt, dem Bürgermeister die Erheiterung zu rauben, die er ehemals im Gemeinderat fand und jetzt vergebens im Jubiläumstheater sucht. Vielmehr

rühmen sich die Liberalen durch den Mund des Dr. v. Dorn dreier schwerer Schädigungen, die sie dem Dr. Lueger durch ihre Mandatsniederlegung zugefügt haben: Der Centurio des »Gemeinderats unter dem Stand« kann den Bürgerrechtsausschuß nicht wählen lassen; er kann die Wiederwahl Strobachs, den er — laßt dicke Leute um mich sein! — so nötig braucht, nicht verfügen; und — er kann niemanden mehr ausschließen. Mißgünstige Verkleinerer der Erfolge unsrer Liberale könnten Herrn v. Dorn erwidern, daß Herr Lueger des Bürgerrechtsausschusses jetzt nicht bedarf, weil er den zweiten Wahlkörper für die nächsten Wahlen bereits gesichert hat; daß er sich von Strobach, der doch nur dazu diente, um gegen die Opposition Gemeinheiten zu begehen, zu denen der Bürgermeister sich zu vornehm dünkte, jetzt ganz gern trenne; und daß man allerdings Gemeinderäte, die den Saal bereits verlassen haben, nicht mehr ausschließen kann .

* * *

HUNGARICA

Unsere lieben Nachbarn da drüben, jenseits der Leitha, vergessen gar manches, wenn sie in ihren chauvinistischen Tiraden auf ihr national—rnygarisches Sprachenleben zu reden kommen. Sie scheinen sich dessen gar nicht bewußt zu sein, wie gefährlich ihnen ihr sprachlich so durchaus abgeschlossenes Dasein werden kann.

Ich will von dem schweren Ein— und Ausfuhrzoll, der infolgedessen auf dem ganzen geistigen Leben Ungarns lastet — und da handelt es sich bekanntlich um eine überaus passive Handelsbilanz —, völlig absehen. Ich will nur hinweisen auf das ganz unglaubliche Emporwuchern der Korruptionspflanze in dieser so luftdicht abgegrenzten Sumpfatmosphäre, auf die immense Gefahr, die dies isolierte Sprachendasein für die Entwicklung der fortschrittlichen und freiheitlichen Bestrebungen des Volkes in sich birgt. Es versteht ja eigentlich niemand außerhalb der ungarischen Grenzen magyarisch, und das ist der Grund, weshalb man es in diesem Lande nicht nötig hat, sich zu genieren. Man ist so recht in intimer, gemütlicher Gesellschaft und braucht sich nicht zu fürchten, daß auch nur das geringste, das in das Hohelied auf das »mächtig emporstrebende Ungarn« nicht hineinpaßt, aus der patriarchalischen Interessensphäre Magyariens dringen könnte.

Und deshalb ist in Ungarn alles möglich. Die Schwindler des politischen und des geschäftlichen Lebens, die Schwindler in der Soutane und die Schwindler in der Magnaten—Mente, die jüdischen und christlichen Wucherer, Ausbeuter und Armeelieferanten, die Komitatsclique und die Clique der Hauptstadt: sie alle wissen das und schlagen sich in die Brust und rufen begeistert: »In ihrer Sprache lebt unsre Nation.«

Viele von ihnen kennen diese Sprache gar nicht oder doch nur mangelhaft; aber sie begreifen es, daß diese Sprache ihre Zukunft bedeutet, daß sie verloren wären, wenn man »im gebildeten Westen« — wie es in Ungarn ganz treffend und unbewußt bescheiden heißt — alles so recht verstünde, was bei ihnen zu Hause vorgeht.

Diese Erkenntnis ist mit ein Grund dafür, daß der Chauvinismus in Ungarn von Tag zu Tag ungemütlichere Dimensionen annimmt. Das deutsche Wort, das seit Jahrhunderten das Wenige, was von westlicher Kultur in Ungarn vorhanden ist, ins Land gebracht hat, ist vor allen anderen Fremdsprachen verpönt, und jeder wird mit Acht und Bann belegt, der nicht ohneweiters die Gerechtigkeit solchen Tuns zugibt.

Und darin leisten die Pester Juden — der tonangebende Kreis der geistigen Gesellschaft Ungarns — einfach Großartiges. Sie sind die größten »Patrioten« im Lande, sie sind es, die die deutschen Schauspieler in so flegelhafter Weise nicht zu Worte kommen ließen, sie sind es, die sich enthusiastisch um die berühmtesten Pester Tingl—Tangl à la Folies Caprices scharen und mit ängstlicher Zärtlichkeit das ekelhafte rituell—deutsche Repertoire der »Klabriaspattie« großzüchten. Sie sind es, die ihren Söhnen mit Vorliebe uralte ungarische Taufnamen anhängen, und sie sind es, die in ihrem internen Familienkreise doch immer wieder deutsch reden, da sie ganz gut wissen, wie wichtig und nützlich ihrem Arpadchen die Kenntniss dieser Sprache werden kann. Diese Leute haben eine ganze Jargon—Literatur hervorgebracht — der 'Borsszem Janko' z. B. bringt per Nummer oft mehr als zwei Seiten rituell—ungarischen Textes —, sie verderben Grammatik und Syntax der ungarischen Sprache, aber sie rufen am lautesten: »In ihrer Sprache lebt unsere Nation!«

Das Wort war übrigens die Devise des erbgesessenen Ministerkandidaten Albert Apponyi. Als es noch unter der Führerschaft dieses Jesuitenzöglings eine sogenannte Nationalpartei im Parlamente gab, machte jene Devise nebst der staatserschütternden Forderung, die schwarz—gelben Portepées der Gendarmerie durch rot—weiß—grüne zu ersetzen, das Um und Auf seines Parteiprogrammes aus. Das Wort erfreute sich damals großer Popularität. Man druckte es auf gummierte Papierstreifen, und die Anstandsorte der Metropole prangten in dem neuartigen Tapetenschmuck.

Als mit dem Sturze Banffys das protestantische Regime niedergedrückt war, gab's gar keine Gegensätze mehr zwischen den Apponyianern und der Regierungspartei. Nichts trennte jetzt Apponyi, den verkappten Jesuiten, von dem verkappten Klerikalen Szell, und da er das unerreichbare Ideal der trikoloren Portepées endgültig verträumt hatte, flog er mit seinen Mannen der Regierung in die Arme. Und gar nichts blieb zurück von seiner früheren politischen Tätigkeit als seine Devise über die Sprache, in der die Nation lebt.

Und so geht es mit der Zurückentwicklung des politischen Lebens in Ungarn immer weiter. Nur ein allgemeines Versinken im Korruptionssumpf und der Umstand, daß der Fäulnisprozeß in einem luftdicht von dem »gebildeten Westen« abgeschiedenen Sprachengebiet vor sich gehen kann, vermag derartige Verhältnisse zu erklären ... Schon gibt es fast gar keine Opposition mehr im Parlament. Es ist allgemein bekannt, daß der übrigens ganz unbedeutende Franz Kossuth, der Führer der einen Fraktion der Unabhängigkeitspartei, im Vertragsverhältnis zur Regierung steht. Er hat die Forderung des allgemeinen Wahlrechts, für die er sich früher in zwei bis drei Volksversammlungen in seinem stadtbekanntem papageigrünen Nationalkostüm mit dem federgeschmückten Sakko bewundern ließ, definitiv aus dem »Programm« seiner Partei gestrichen. Er ist auch finanziell schon tief herabgekommen, da es keine Aktiengesellschaft mehr gibt, die sich den Bankrott durch seinen historischen Namen glänzend wischen lassen möchte. Ugron sucht mit der andern Fraktion nur noch einige Vizinalbahnkonzessionen und Haferlieferungen vom Staate zu ergattern und wird erst später Farbe bekennen. Die Pfäfflein der Volkspartei reiben sich die Hände. Jetzt wird bald ihre Zeit gekommen sein. Der gottesfürchtige Graf Albert Apponyi ist bereit, das Erbe Szells anzutreten. Aus den Neuwahlen kommt ihre Partei dann gewiß um mindestens 100 Mandate verstärkt ins Parlament. Dann schreiten sie ruhig an die definitive Errichtung der Katholiken—Autonomie in Ungarn, die sie bis dahin lieber verschieben. Die Autonomie stellt die vielen hundert Millionen des Religionsfonds zu ihrer unumschränkten Verfügung. Mit dem Gelde machen sie dann

Wahlen — nicht Religionsreformen und Zivilehen —, und das Land wird ihre Beute.

Es wird ihre Beute, denn das politisch impotente Ungarn hat gar keine Aussicht, eine radikale Partei, die im gegebenen Moment schlagfertig auftreten könnte, hervorzubringen. Neben dem Niedergang des Liberalismus fühlt man westwärts in fast allen Ländern noch den wohltuenden Einfluß der sich mächtig entwickelnden Arbeiterbewegung. Aber auch da fault's in Ungarn. Und das ist wohl das traurigste Zeichen der bodenlosen Verkommenheit in diesem Lande: *Selbst die Arbeiterbewegung Ungarns ist korrupt*. Die Leitung der sogenannten sozialdemokratischen Partei Ungarns ist tatsächlich nichts weiter, als eine Expositur der Staatspolizei—Abteilung des Ministeriums des Innern. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in dieser Parteileitung die Vertrauensmänner der Staatspolizei Sitz und Stimme haben und daß die in Arbeiterkreisen einflußreiche »*Allgemeine Arbeiterkrankenkasse*«, deren Leitung sich seit Jahrzehnten mit auffallender Zähigkeit in die Arbeiterbewegung festgebissen hat, auf höheren Befehl mit aller Kraft eben diese Bewegung niederhält.

Es ist ein ganz eigentümliches Ding um diese Krankenkasse. Sie dient *der politischen Polizei in derselben Weise, wie das Zuhältertum der Kriminalpolizei*. Und das Verhalten der Regierung der Kasse gegenüber bestätigt diese Tatsache klar genug. Ganz abgesehen von der Mißwirtschaft in der Verwaltung der Krankenkasse, würde ja auch schon der Umstand allein den Behörden sonst eine Handhabe bieten, um einzuschreiten, daß diese Kasse angeblich eine sozialistische Agitation betreibt. Aber die Krankenkasse steht unter dem *Schutz* der Behörden, — wie das im Dienst der Polizei stehende Zuhältertum.

Schon seit Jahrzehnten ist die Krankenkasse imstande, die ungarländischen Arbeiter zu nasführen und allen Talenten, die ihr Können und Wissen der sozialistischen Bewegung zugute kommen lassen wollten, dieses Bestreben zu verleiden. Die Regierung macht eben den Weiterbestand der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse davon abhängig. »Solange mir die Leute keine gefährliche, nennenswerte Bewegung auf den Hals schaffen, sollen sie bestehen bleiben!« erklärte seinerzeit der alte Tisza. Die ungarische Bourgeoisie hat allein um dieses schlaun Tricks willen vollauf Grund, Tisza ein Standbild zu errichten. Den Pakt aber haben beide Teile ehrlich gehalten ... Oft schon empörte sich die Arbeiterschaft gegen diese Schmach; die klarsehenden Elemente trennten sich von der offiziellen, der sogenannten Krankenkassenseite, aber bisher halfen die zwei—, dreimal hervorgebrachten Spaltungen gar nichts. Die Leute stecken zu tief im Schlamm. Leo Franckel, der in Ungarn gebürtige Arbeitsminister der Pariser Kommune, bemühte sich vergebens, die Arbeiterbewegung seines Vaterlandes in richtige Bahnen zu lenken. Die famose Krankenkasse geiferte den genialen Mann so lange an, bis er seiner Heimat mit dem charakteristischen Ausspruch den Rücken kehrte: »Lieber in Paris in einer Gosse verrecken, als in Ungarn mittun!« Die österreichischen Sozialdemokraten haben eine gewisse Abscheu vor den ihnen nur allzugut bekannten »Genossen« da drüben; aber man zieht es in Wien vor, von diesen traurigen Verhältnissen nicht zu sprechen. Es ist damit etwa so, wie mit dem verlorenen Kind, von dem man in der Familie lieber nichts hören mag ...

Von proletarischer Seite droht also dem reaktionären und droht dem korruptionistischen Regime in Ungarn derzeit kein Schach. Was bleibt sonst noch übrig? Die Nationalitäten, die verhaßten Deutschen, Rumänen, Serben, Ruthenen etc. Und die könnten, wenn sie nur etwas tun wollten, mit gemeinsamer Kraft wohl zu einem Ziele gelangen. Vor allem zur Erkämpfung des

Wahlrechts, das ja heutzutage das non plus ultra aller freiheitlichen Bestrebungen in Ungarn bedeutet. In diesem Punkte sind die Arbeiter und die Nationalitäten ganz gleich um ihr Recht betrogen. Der Gedanke einer Koalition der beiden Parteien, die ja so mannigfache Berührungspunkte miteinander haben, ist ganz naheliegend.

Wie sehr könnte die berühmte »Ungarische Staatsidee« gerade jetzt einen Mann von den Ideen und der Bedeutung des Grafen Stefan Szechenyi brauchen, den man mit so vielem Recht den »größten Ungar« nennt. Wohl war er es; an seinen Schöpfungen zehrt noch heute das moderne ökonomische Leben des Landes, aber seine ehrliche, versöhnliche Nationalitätenpolitik machte man sich nicht zu eigen. Der »größte Ungar« war es nicht im Sinne des heutigen Panmagyarentums. Er allein warnte vor der Unterdrückung der übrigen Nationalitäten. Über Männer von der Bedeutung Stephan Szechenyis verfügt das moderne Ungarn nicht. Nur eine Proletarierpolitik könnte heute die Szechenyi'sche Nationalitätenpolitik wieder fortsetzen.

In intellektuellen sozialistischen Kreisen wird behauptet, daß in dem Agrarsozialismus Ungarns der Kern einer mächtigen Bewegung steckt, daß die Zukunft der ungarischen Arbeiterbewegung und der politischen und nationalen Konstellation des Landes auf ihn begründet sei. Ob sich das wohl so verhält?

—B—

* * *

Bekanntlich hat jüngst eine Deputation unter Führung des Herrn Auspitz beim Ministerpräsidenten vorgesprochen und Herrn v. Koerber nahegelegt, daß in Zukunft *auch den Juden gegenüber* die österreichischen *Staatsgrundgesetze* beobachtet werden mögen. Herr v. Koerber, der den Juden seine Anwesenheit auf den von Frau Auspitz arrangierten Damenjours nicht garantieren konnte, wollte wenigstens ein kleines Zeichen des Entgegenkommens geben und sicherte die Geltung der Staatsgrundgesetze zu. Mindestens stellte er es den Bittstellern frei, sich bei »konkreten Beschwerdeanlässen an ihn zu wenden«. Soweit ist die Angelegenheit bekannt; sie hat viel Staub aufgewirbelt, hat die Wiener Juden in die Gewissheit gelullt, daß ihre Sache in guten Händen sei, und nur vorlaute Frager nach der Kompetenz des Herrn Auspitz und seiner Begleiter nicht völlig befriedigt. So lange ein österreichischer Ministerpräsident zur Entschädigung für die Sanktion der Wahlreform bei Herrn Auspitz speist und solange zu den konkreten Beschwerden der Judentenschaft keine Verdauungsbeschwerden höhernorts hinzutreten, mögen liberale Jourbesucher immerhin Hoffnungen hegen. So darf man sich denn nicht wundern, wenn das Beispiel des Herrn Auspitz und seiner Tafelgenossen Nachahmung findet. Auspitz ist gewiß »gut«. Aber auch Salo Cohns Wort gilt Einiges in der Gemeinde, auch Rappaport und Hahn sind Sachverständige für alles Judenleid, das nicht gerade in der Klage um die Millionen der Länderbank zum Ausdruck kommt, auch Taussig sieht an seiner Tafelrunde Österreichische Minister. So haben sie sich denn ihrer Pflicht erinnert, in Sachen des Antisemitismus, dessen Entwicklung ja vielfach ihrem Wirken zugeschrieben wird, einmal ein entschiedenes Wort zu sprechen. Man berichtet mir von einer Deputation, die sich soeben bei Herrn v. Koerber einfand. Sie war aus den maßgebenden und maßlos nehmenden Repräsentanten der Wiener Bank— und Börsenkreise zusammengesetzt und von Herrn v. Taussig geführt. Der Ministerpräsident empfing die Herren auf das liebenswürdigste und fragte sie nach ihrem Anliegen. Die Bittsteller verwiesen auf die Bilanzen der Bodencreditanstalt, auf die Gründerrechte der Creditanstalt, auf die noch immer feh-

lenden acht Millionen der Länderbank und richteten an den Minister das Ersuchen, daß *auch in Zukunft* den Juden gegenüber die österreichischen *Strafgesetze* nicht beobachtet werden mögen. Was die konkreten Beschwerdeanlässe betrifft, so stellte Herr v. Taussig der Regierung es frei, sich gegebenen Falls nicht an ihn zu wenden.



Der schwersten Verletzung der ethischen Pflichten, die sein Beruf dem Arzte auferlegt, haben jüngst die Wiener Geschwornen zwei Ärzte schuldig erkannt, da sie den Mann freisprachen, der mit ungestümen, beleidigenden Worten den Vorwurf der Pflichtverletzung erhoben hatte. Das Verdikt ward von allen, die den Gang des Prozesses verfolgt haben, gebilligt. Aber die Gründe dieser Billigung, soweit sie öffentlich geäußert wurden, sind, so verschieden sie auch waren, allesamt falsch. Was in den Tagesblättern über die schweren Schäden unseres sozialen Lebens, die der Prozeß aufgezeigt hat, gesagt ward, war für den Tag gesagt. Nirgends eine Betrachtung, die das Wesen der Dinge trifft. Wenn die einen nur das Nächstliegende sahen und gegen den Ärztestand loszogen, sind die anderen auf das Fernste geraten, haben die Verantwortung von den Einzelnen auf die Gesellschaft abgewälzt und werden wohl auch künftig darüber beruhigt sein dürfen, daß Geschwornenurteile, die die Gesellschaft treffen, nicht exekutierbar sind. Den Betrachtern der Tagesereignisse geht's ja immer so. Wenn sie, der gewohnten Oberflächlichkeit sich schämend, in die Tiefe dringen wollen, geraten sie so weit, daß sie schließlich an der entgegengesetzten Oberfläche ankommen. So droht der Prozeß des Schriftsetzers Stellbogen nutzlos zu bleiben. Die einzig sichtbare Wirkung, die er hatte, war eine Spazierfahrt des Ministerpräsidenten in das Allgemeine Krankenhaus; und auch da hätte die Öffentlichkeit lediglich ein post hoc bemerkt, wenn nicht Herr v. Koerber ausdrücklich hätte versichern lassen, es sei propter hoc geschehen. Mißtrauische Menschen erwarten aber von den Spazierfahrten unserer Minister recht wenig. Sie behaupten, daß sich auch andre Leute mitunter Krankenhäuser, Fabriken und Überschwemmungen anschauen, wenn ihnen dazu Gelegenheit geboten wird. Daß man bei Ministerbesuchen statt des deutschen Wortes »anschauen« das lateinische »inspizieren« gebrauche, sei bloße Höflichkeit, und zwischen Fremdwort und deutscher Bezeichnung bestehe hier keineswegs der Unterschied, der etwa zwischen einer Exzellenz und einem ausgezeichneten Manne besteht.

Der Schriftsetzer Stellbogen war ein fanatischer Anhänger der Naturheilkunde, ein ebenso überzeugter als verbörter Gegner der Ärzte. Da erkrankten seine beiden Kinder an der Diphtheritis. Um die Behandlung dieser Krankheit war gerade ein erbitterter Kampf geführt worden, in dem eben damals die Anhänger der Serumtherapie auf allen Linien gesiegt zu haben schienen. Das Diphtherieheilserum galt jetzt als einziges Mittel zur Heilung der Krankheit, deren Statistik just eine starke Verbreitung aufwies, — wahrscheinlich deshalb, weil bei allen möglichen Halsentzündungen die Diagnose auf Diphtheritis gestellt wurde, damit der Arzt durch Präventivimpfungen sicher gehe. Dem Naturheilkünstler Stellbogen mußte die Serumtherapie als schlimmste Ausartung der verhassten Medizin erscheinen. Aber die Angst um das Leben seiner Kinder war schließlich stärker als seine Überzeugung. Er

vertraut die Kleinen dem Spital zur Serumbehandlung an; das eine stirbt, das andre hat er in kläglichem Zustand zurückerhalten und mit Mühe gerettet. Der Mann hat eine Tragödie durchgelebt. Wie einer, der sich geistig stark genug zum Atheisten glaubt, aber moralisch zu schwach ist, in schwerer Not Gott anruft, so hat er sich an die Ärzte gewendet. Sie haben ihm nicht geholfen. Muß seine Überzeugung jetzt nicht stärker, durch den Schmerz zorniger, durch Mitleid mit jenen, die er täglich ihre Kinder der Spitalsbehandlung anvertrauen sieht, eifriger werden? Das Opfer seines Intellekts — mögen andre immerhin sagen, seines Unintellekts —, das er gebracht hat, will er zum Nutzen der Menschheit gebracht haben. Die Leidenschaft, mit der in Stellbogens Schriftchen die Ärzte bekämpft werden, darf nicht mit dem Maßstab gemessen werden, den man an die wohlüberlegten Äußerungen geübter Polemiker legt. Die Geschwornen haben recht daran getan, den Mann freizusprechen.

Was ist aber die Lehre, die aus diesem Prozeß zu ziehen ist? Die Ärzte — und nicht nur die beiden, die als Kläger auftraten, sondern ihre Standesgenossen mit ihnen — müssen den Kampf gegen die naturheilkundliche Propaganda, der so lax geführt wird, mit größter Energie aufnehmen. In den Beleidigungen, die ein gekränkter Vater ihnen zuruft, in diesen unsinnigen Verdächtigungen ihres Tuns und ihrer Absichten müssen sie die Wirksamkeit von Bestrebungen erkennen, die das geistige Wohl der Bevölkerung durch Aufhetzung gegen die wissenschaftliche Einsicht und ihr leibliches durch die Verweisung an laienhafte Pfuscherie bedrohen. Der Angeklagte hat sich auf ein Scherzwort des Dr. Lueger über Ärzte und alte Weiber berufen, das nur die Unbildung im liberalen wie im christlichsozialen Lager ernst nehmen konnte. In Unbildung ist denn auch der Ursprung seiner Gesinnung zu suchen. Für schädliche Gesinnungen bestraft man Menschen nicht, aber man sucht die verderblichen Einflüsse zu beseitigen, aus denen sie entstehen.

Unsre Öffentlichkeit ist auf diese Seite der Frage überhaupt nicht eingegangen. Aber die Klagen einer langen Reihe von Müttern über die Zustände im St.—Joseph—Kinderspital haben sie tief erregt. Mögen diese Klagen auch übertrieben gewesen sein. Aber durch welche Beweise konnte der Vorwurf der Unreinlichkeit besser erhärtet werden, als durch die Verantwortung des Dr. Heim? 70 kranke Kinder erhalten täglich 12 Leintücher. Das heißt, kleine Kinder, die ihr Bett verunreinigen, oft nassen, bleiben durchschnittlich sechs Tage auf einem Leintuch liegen. Und Herr Dr. Heim behauptet, das sei höchst reinlich. Es fehlen eben die Mittel für genügende Wartung. Welche Schlüsse haben nun unsre Zeitungsschreiber aus diesen Enthüllungen gezogen? Sie haben sich daran erinnert, daß wir zu wenig Kinderspitäler haben. Nun, zumindest die Leser der 'Arbeiter—Zeitung' können fast wöchentlich von bedauerenswerten Proletarierfrauen lesen, die mit ihren kranken Kindern von einem überfüllten Spital zum andern nutzlos irren. Das hat uns nicht erst der Prozeß gegen Stellbogen gelehrt; er hat aber damit auch gar nichts zu tun. Daß jenen Kindern, die im Spital Aufnahme finden, nicht entsprechende ärztliche Behandlung und Wartung zuteil wird, steht doch in keinem Zusammenhange damit, daß anderen Kindern die Aufnahme versagt wird. Daran aber hatte die Betrachtung anzuknüpfen, daß das St.—Joseph—Spital eine *Wohltätigkeitsanstalt* ist und daß in dieser, wie den meisten unsrer Wohltätigkeitsanstalten, die traurigste Dürftigkeit herrscht. Schuld daran trägt der Geiz und die kleinliche Eitelkeit derer, die bei uns die Wohltäter spielen. In den Tagen des Prozesses haben wir dafür aus der 'Neuen Freien Presse' zwei schlagende Beispiele entnehmen können. Der vielfache Millionär Freih. v. Königswarter hat ein Kapital zur Errichtung eines Kinderspitals hinterlassen. Aber es wird wohl noch zwei Dezennien dauern, ehe dieses Kapital seinem Zwecke zugeführt

werden kann. Denn der Wohltäter hat verboten, daß der gänzlich ungenügende Betrag, den er stiftete, etwa für die dringend notwendige Ausgestaltung eines bestehenden Institutes verwendet werde. Er muß ein eigenes Spital haben, das seinen Namen führen soll. Die Freunde seiner Familie — Herr Dr. Stern ist ihr Wortführer — drängen jetzt, daß das Spital baldigst gebaut werde. Natürlich erweist sich dann ein Bau, bei dem auf das äußerste gespart werden muß, bald als unzulänglich, und nach einer Anzahl von Jahren haben wir neben den zahlreichen schlecht eingerichteten Anstalten noch eine kaum besser eingerichtete. Aber die Gemeinde sollte ja nach dem Willen des verstorbenen Wohltäters einen Beitrag zur Errichtung und Erhaltung des Spitals leisten, das den Namen Königswarter zu verherrlichen bestimmt ist. Vielleicht hätte die Gemeinde um des edleren Humanitätszweckes willen auch diese Zustimmung erfüllt. Aber sie hat ja, wie Dr. Lueger durch eine Zuschrift an die 'Neue Freie Presse' in Erinnerung brachte, vor zwei Jahren, anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers, ihre Loyalität bewiesen, indem sie nach dem humanen Wunsch des Monarchen den Betrag von zwei Millionen Kronen für den Bau eines Kinderspitals widmete. Und dieser Bau muß ja wohl schon fertig oder doch nahezu beendet sein? Nicht doch, er wird »ehestens« in Angriff genommen werden. Denn die Kommune Wien ist zwar loyal, und wenn's der Kaiser wünscht, sogar human, aber sie hat kein Geld. Und je länger man den Bau hinausschiebt, desto mehr erspart man durch die Zinsen, die das bewilligte und also wohl schon vorrätige Geld trägt. Ja, Wohltun trägt Zinsen ...

Aber ich werde doch nicht alle Schuld von den beiden Ärzten abwälzen wollen, die als verurteilte Kläger den Gerichtssaal verließen? Den einen wenigstens, den jungen Sekundararzt, muß ich ja wohl der Öffentlichkeit preisgeben? Er hat bangenden Eltern, die ihr Kind zurücknehmen wollten, zugerufen: »Dann wird es hin!« Er soll sogar einem zehnjährigen Knaben eine Ohrfeige gegeben haben. Und auf seine Frage, was denn dazu gehöre, einem Kinde eine Ohrfeige zu geben, hat ihm der Verteidiger offenbar namens aller Wiener Väter, Mütter und Lehrer nachdrücklich geantwortet: »Die größte Rohheit!« Der andere Kläger freilich, der alte Mann, der eine ehrenvolle langjährige Laufbahn hinter sich hat, wird um der harten Worte willen, die er hören mußte, bedauert. Er selbst ist ja mit Eltern und Kindern nicht roh verfahren. Daß er kranke Kinder im Spital zurückhielt, war nur seine Pflicht. Und wenn manches in den Krankensälen geschah, was nicht in Ordnung war, so geschah's ohne seinen Willen, weil ohne sein Wissen. Er konnte doch dem Spitalsdienst nicht allzuviel Zeit widmen. Denn sein Amt war ein bloßes Ehrenamt, sein Lohn neben einem kärglichen Wagenpauschale nur das stolze Bewußtsein des Wohltäters.

Ich liebe die Klarheit, und sollte sie selbst ein paar schöne Gefühle kosten. Und darum kann ich dem jungen Sekundararzt, der neben den Krankenzimmern ein Ambulatorium mit 100 bis 200 Personen täglich führen mußte, nicht allzusehr darob zürnen, daß er einen Dienst, für den er nicht qualifiziert war, schlecht versah. Ich spreche ihn moralisch frei, so wie ich als Richter einen jener armen Eisenbahnarbeiter freisprechen würde, die man nach Katastrophen die Sünden ihrer Vorgesetzten büßen lassen möchte. Aber ich verurteile den Leiter des Spitals, das Stellbogen uns geschildert hat. Denn daraus entspringen die schwersten der Übel, an denen so viele unsrer Wohltätigkeitsanstalten leiden, daß die ehrenamtliche Verwaltung von Männern oder Frauen übernommen wird, die nicht gewillt oder ihrer materiellen Lage halber nicht imstande sind, sich voll und ganz ihrer Aufgabe zu widmen. Das Beispiel eines Mannes, wie es der Gründer der Rettungsgesellschaft, Dr. Mundy, war, ist meines Wissens in Wien ohne Nachfolge geblieben. Ehrenämter sind bei

uns Nebenämter, die Orden, schöne Titel, und wenn's gut geht, infolge des Titels auch bessere Privatpraxis bringen. Anstatt zu fühlen, daß der Träger eines Ehrenamtes unter erhöhter Verantwortlichkeit steht, meint man, daß hier jede Leistung genüge, da doch im voraus auf Gegenleistung verzichtet ward.

— — —

Das sind die Gedanken, die aus dem Material des Prozesses zu schöpfen waren. Aber es lohnt die Mühe, auch über seine Führung einige Worte zu sagen. Unser Publikum beschäftigt sich zu selten, unsre Zeitungen niemals mit der Führung unsrer Strafprozesse, während doch der Wert der Öffentlichkeit des Prozesses zumeist darin liegt, daß sie die Kritik herausfordert. Diese Kritik hat denn wiederholt Gelegenheit gehabt — und nicht am seltensten bei Prozessen, in denen der Leiter des Prozesses gegen Stellbogen fungierte — zu bemerken, wie übel die Vorsitzenden die große Macht, die unser Prozeßverfahren ihnen einräumt, gebrauchen. Wenn diesmal der Vorsitzende, ehe noch Stellbogens Broschüre verlesen war, sie für einen Fünfkreuzerroman erklärte, so ist es zu bedauern, daß nicht sogleich auf das schärfste protestiert wurde. Und mit welcher Gereiztheit, mit wie sichtlichem Bestreben, die Verurteilung des Angeklagten durchzusetzen, wurden dann Zeugen und Verteidiger behandelt! Themis schien statt des Schwertes einen Dreschflegel in der Hand zu halten. Und sie schlug kräftig drauf los, wenn auch mit besserem Eifer als Takt. Neben dem Vorsitzenden verdienen aber auch die beiden Advokaten gewürdigt zu werden. Der eine, der die Kläger vertrat, schien zunächst durch die gröblichsten Beschimpfungen des Angeklagten beweisen zu wollen, daß alle Klagen über die Übergriffe der Staatsanwälte töricht seien, da doch Advokaten als Ankläger sich noch weit schlimmere zu schulden kommen lassen. Und dann verschmähte er kein demagogisches Argument, das sich etwa gebrauchen ließ. Da der Angeklagte ein Reichsdeutscher ist, ward er den soliden Wiener Bürgern auf der Geschwornenbank als ein Fremdling geschildert, der alles Große in Österreich — Skodas und Rokitanskys Manen wurden zitiert — in den Kot zerre. Seine Ideen seien revolutionär, sie verleiten zu feindseligen Gesinnungen gegen den Staat; man weiß, wie gern die Geschwornen Staatsretter spielen. Daß der Mann, der gleichsam als Advokat des österreichischen Staates auftrat, ein Schönerianer ist, mußte die Überzeugungskraft seiner Worte offenbar erhöhen. Nun kam der Verteidiger zu Wort. Seine rednerische Aufgabe war bescheiden. Unter höheren Gesichtspunkten durfte er die Sachlage nicht besprechen, wenn er nicht manches gegen seinen Klienten vorbringen wollte. Er hatte also lediglich auf die Aussagen der Entlastungszeugen hinzuweisen und etwa noch die Geschwornen daran zu erinnern, daß die Belastungszeugen nicht anders aussagen konnten, als sie es taten, wenn sie nicht selbst als schuldig erscheinen wollten. Auf die Stimmung der Geschwornen brauchte der Verteidiger nicht mehr einzuwirken. Aber wann hätte jemals eine der Zierden unseres Barreaus, selbst im ernstesten Fall, sich die Gelegenheit entgehen lassen, durch eine tiradenreiche Rede darzutun, um wie viel leichter man ein schlechter Novellist und Journalist als ein ernster Vertreter des Rechtes werden kann? Mit dem 31. März 1900, ward also den Geschwornen erzählt, beginne »ein neues Kapitel in der Geschichte der Humanität, jener Humanität, die das Symbol des 20. Jahrhunderts sein wird«. Der Verteidiger macht den Kalender, trotz Wilhelm dem Zweiten. Ich aber weiß auf die Frage, die ein eifriger Leser der Prozeßberichte mir zuruft, keine Antwort. Dieser Mann weiß nicht, welchem der beiden Advokaten er glauben soll: Der Verteidiger hat versichert, mit diesem Prozesse beginne das Zeitalter der Humanität, der Ankläger aber hat erklärt, Männer, wie den Dr. Heim, mache ein solcher Prozeß nicht anders ...

* * *

Die 'Wiener Zeitung' veröffentlichte neulich ein beruhigendes Gutachten des Landessanitätsrates über die Ursache der häufigen Typhuserkrankungen. Man hatte befürchtet, daß die Hochquellenleitung die Schuld trage. Und irgendwie mußte wohl auch dieser Verdacht begründet sein. Denn im Amtsdeutsch des Landessanitätsrates heißt es wörtlich: »Es kann daher das *Trinkwasser* mit Bestimmtheit als Krankheitsvermittler *ausgeschlossen* werden.« Und weiter heißt es: »Auch die bisherigen Untersuchungen der Milch und anderer Nahrungsmittel lassen dieselben vorläufig als Infektionsquellen *ausschließen*.« Ist nicht in dieser Kundmachung der Sanitätsbehörde der verblühte Rat enthalten, Trinkwasser und Milch als die möglichen Krankheitsvermittler aus dem Haushalte doch lieber *auszuschließen*, — Wasser mit Bestimmtheit, Milch vorläufig?

* * *

Ich erhalte folgende Zuschrift:

Geehrter Herr Kraus,

Die Anglo—Österreichische Bank scheint sich für eine Susanna zu halten, die ihre Reize nach der lex Heinze nicht mehr öffentlich, sondern nur in geheimen Generalratssitzungen enthüllen darf. Die jüngste Bilanz dieser Bank hat es mich schmerzlich bedauern lassen, daß ich in jungen Jahren das Rätselspiel zu wenig gepflegt habe. So war ich denn genötigt, in der Generalversammlung mich an den Verwaltungsrat zu wenden, um zu erfahren, was die Bilanz verschwiegen hat. Die Anglobank hat sich, seit sie unter dem Präsidium eines ehemaligen Staatsmannes steht, die Lebensweisheit Talleyrands, der die Sprache zum Verbergen seiner Gedanken mißbraucht hat, für die Feststellung ihrer Bilanz zu eigen gemacht. Die verschiedenartigsten Konten werden kumuliert, Verluste kommen nicht zum Ausdruck, da man sie vorsichtsweise von allerlei Erträgnissen in Abzug bringt, der Effektenbesitz wird nicht spezifiziert, und so weiter mit Grazie.

In der Generalversammlung vom 2. April 1900 wollte ich diese Bilanzierungskünste zur Sprache bringen. Da ereignete sich Folgendes: Ein Börsenkontorinhaber, der durch sein Auftreten in den Generalversammlungen die Opposition in Mißkredit zu bringen pflegt, hatte sich vor mir zum Worte gemeldet. Seine langwierigen Ausführungen enthielten neben allerlei persönlichem Klatsch manche richtige, ganz zutreffende Bemerkung. Die Art seines Auftretens, die Form, in die er seine Ausführungen kleidete, das Witzeln im Stile der »Klabriaspattie« und die ungezogene Gereiztheit eines aufgeregten Börseaners, der keine Ahnung davon hat, daß man etwas bemängeln oder rügen kann, ohne gleichzeitig jemanden anzurempeln, erregten aber geradezu Ekel. Dieser Redner hat zweifellos die Gabe, aus einem Nothnagel einen Gregorig zu machen. Eine solche Opposition gefiel den Herren vom Generalrate ausnehmend gut; einige aristokratische Mitglieder der Verwaltung grinsten und lachten, als wären sie beim »Schwarzen Adler«. Die Gesichter dieser Herren wurden aber ernster und länger, als ich mich erhob und nach Zurechtweisung des witzelnden Jobbers

meine Beschwerde über die unzulässigen Bilanzierungskünste vorbrachte. Der Präsident versprach, sich zu bessern, und sagte der Generalversammlung zu, daß die Bilanz im nächsten Jahre etwas ausführlicher sein werde als diesmal; er erteilte auch Auskünfte über einzelne Posten der Bilanz.

Doch der Börsenkontorinhaber schien zum Reden eingenommen zu haben; er sprach — wenn ich nicht irre — viermal zu verschiedenen Punkten der Tagesordnung. Schließlich gab er, noch eine komische Szene. Ein etwas plumper Angriff auf den Präsidenten veranlasste einen Aktionär, dem Generalrat und seinem Präsidenten ein Loblied zu singen: Er pries es als besonderes Glück für die Bank, daß sie einem ehemaligen Staatsminister einen Zuschuß von 20.000 Gulden zu seiner Pension bezahlen dürfe. Er erklärte, es sei für die Anglobank höchst *ehrentvoll*, daß Herr v. Glanz die Präsidentenstelle anzunehmen geruht habe. Man könnte also das polnische Sprichwort umkehren und den Ausdruck: ehrenvoll, wenn auch nicht gesund! gebrauchen. Die Generalversammlung war, wie Sie sehen, sehr erheiternd, und das Vergnügen wurde mir nur dadurch vergällt, daß ich nicht bloß Zuhörer war, sondern leider auch Aktionär bin.

Die Haltung der Wiener Presse ist — wie immer in solchen Fällen — eine musterhafte. Die meisten Blätter drucken ein offizielles Communiqué ab, in dem der lebhaften Debatte kaum Erwähnung getan wird. Nur die 'Neue Freie Presse' geht ihre eigenen, krummen Wege. Die faulen Witze des Börsenkontorinhabers werden vollinhaltlich abgedruckt, der sachliche Teil der Debatte wird wie der Zeitungsstempel unterschlagen. Das Bankenblatt will damit zweierlei erreichen; einmal will es die Opposition lächerlich machen, indem es die Debatte als eine Farce darstellt, die ein Börseaner aufzuführen beliebte, dann aber tischt es gleichzeitig seinem Stammpublikum »Klabriaswitze« auf. Mehr kann man beim besten Willen nicht leisten. Ein Aktionär.

Der längeren sachlichen Ausführungen, in denen mein Korrespondent die Bilanz bemängelte, und der Antwort, die ihm der Präsident Baron Glanz erteilte, hat die 'Neue Freie Presse' in einem vierspaltigen Berichte mit keinem Worte gedacht, während sie einen Zwischenruf, mit dem eben dieser Aktionär den ungezogenen Börsenkontorinhaber zurechtwies, getreulich verzeichnet. Die 'Neue Freie Presse' wendet diese Taktik nicht zum erstenmale an. Wer ihre Berichte über erregte Debatten in den Generalversammlungen der Banken verfolgt hat, muß längst mit Verwunderung bemerkt haben, daß in diesen Berichten Männer von anständigem Namen niemals als Gegner der Verwaltungen erscheinen. Wenn aber die 'Neue Freie Presse' die Reden eines Herrn Knöpfelmacher bei jeder Gelegenheit ausführlich wiedergibt, ja, wenn sie selbst einem Alexander Scharf gegenüber von der Totschweigetaktik abgeht, so leistet sie den Verwaltungsräten damit Dienste, für die sie zweifelsohne extra bezahlt wird. Die große Schar unserer Aktionäre und Börseaner versteht von Bilanzen und Bilanzkritik nicht das geringste; aber sie weiß sehr wohl, wer die Herren Knöpfelmacher und Scharf sind. Und sie ist daher begreiflicherweise geneigt, sich einer Sache anzunehmen, die diese Herren bekämpfen. Eine Bilanz, die doch bloß auf den — Glanz hergerichtet ist, wird dann für glänzend gehalten.



LUDWIG SPEIDEL

Die 'Neue Freie Presse' bestätigt vollinhaltlich, was die 'Fackel', Nr. 35, über das *Speidel*—Jubiläum schrieb. Im Feuilleton vom letzten Sonntag heißt es:

»Nächsten Mittwoch, am 11. April, feiert er seinen 70. Geburtstag. Das heißt, *wir* feiern den Tag. Ihm in seiner schlichten Art, seiner oft *unwirschen* Abkehr vom Lärm und Lichterglanze der Öffentlichkeit wäre es nicht einen Augenblick eingefallen, sich unter den Kronleuchter zu stellen und seine Person zum Mittelpunkt einer Denkfeier werden zu lassen. Er muß *am Ärmel in den Festsaal hereingezogen werden*, und die Wohltat, ihm auch einmal ins Gesicht sagen zu dürfen, wie hoch er uns steht und wie sehr wir ihn verehren und lieben, mußten wir mit sanfter Gewalt ihm abzwängen. Halb wider seinen Willen wird er gefeiert ... «

Nun, der »Concordia« hat sich Speidel denn doch erwehren können, und das geplante Bankett mit Bänkel und Gedecken zu 10 fl. kam nicht zustande. Dafür feierten ihn die Herausgeber der 'Neuen Freien Presse' im redaktionellen Kreise. Das kann man den Herren nicht verübeln. Sie wollten endlich einmal wieder mit ihrem Burgtheaterkritiker beisammen sein, der seit Jahren ihren Verkehr mied, seit Jahren nicht in die Redaktion gekommen war und seine Referate nachts im Büro des 'Fremdenblatt' geschrieben hatte ... Ich glaube nicht, daß er je besondere Neugierde nach den Geheimnissen des »Economisten« verspürt hat. Nun muß er sich zwischen seltsamen Tischnachbarn gütlich tun. Der Meister des Stils zeigt sich mit dem, der weise verschweigt ...

* * *

Herr Dr. *Julius v. Gans—Ludassy* war volkswirtschaftlicher Redakteur des 'Fremdenblatt', dann Chefredakteur der 'Wiener Allgemeinen Zeitung'. Dann schrieb er ein Werk über »Wirtschaftliche Energie«, dessen dritte Dimension von seinen Freunden als Tiefe, von seinen Feinden als Dicke bezeichnet ward. Zu seinen Feinden gehörten aber die Wiener Professoren der Nationalökonomie; sie verweigerten ihm darum die erstrebte Habilitation als Universitätsdozent. Da ward Herr Dr. v. Ludassy Dichter. Quod zion dant proceres, dabit histrio. Die Lehre, der der Universitätshörsaal verschlossen blieb, hat er von der Bühne herab verkünden wollen. Er schrieb das soziale Drama »*Der letzte Knopf*« und ließ es am Deutschen Volkstheater aufführen.

Ich habe der Vorstellung nicht beigewohnt, bei der das gröblich verletzte Schamgefühl der Börseaner sich in wüstem Tumult geäußert hat. Nur von dem Inhalt des Stückes, das im »Wiener Verlag« als Buch erschienen ist, vermag ich zu sprechen. Wie das Elend die Männer zu Verbrechern, die Frauen zu Prostituierten macht, hat der Autor in rücksichtslosen Schilderungen zeigen wollen. Der Gedanke ist nicht neu; neu aber ist die Erkenntnis, woher denn das Elend stammt. Herr Dr. v. Ludassy hat nicht umsonst die besten Jah-

re seines Lebens in liberalen Zeitungsredaktionen verbracht. Aus dem Geiste dieser Redaktionen ward ihm der Gedanke geboren, Schuld an dem Elend dieser Welt seien die *Greisler*; die Greisler, die dem Volke die Nahrung verteuern, dabei reiche Leute werden und Häuser kaufen, dann den Wohnungszins hinaufschrauben und schließlich, wenn ihnen der Arme für sein Brot und sein Heim verschuldet ist, sein Weib pfänden. Wie auch der Mann aus dem Volke sich drehen und wenden mag, immer wieder fällt er in die Netze des Greislers. Die Greisler aber sind Christlichsoziale, und so verschuldet die christlichsoziale Partei den Untergang Wiens.

Ich weiß nicht, ob die Zensur das Stück so sehr verstümmelt hat, daß dieser Gedanke, der aus dem Buche klar hervortritt, von den Premierenbesuchern nicht erfaßt werden konnte. Denn sie hätten ja dem Autor, den sie ausgezischt haben, zujubeln müssen wenn sie ihn verstanden hätten. Schade nur, daß er das Wort, das ihm das rechte schien, nicht am rechten Ort gesprochen hat. Der Bevölkerung der *äußeren* Bezirke mußte er zurufen: Gründet Konsumvereine, dann braucht das arme Volk die Greisler nicht. Und schafft die neue Exekutionsordnung wieder ab, die dem Hausherrn verwehrt, sich an Eurer Habe für den entgangenen Zins schadlos zu halten; denn sonst nimmt er Euch Eure Weiber. Vor allem aber wählet nicht mehr den Bielohlawek!

* * *

Durch das Antlitz unserer liberalen Presse zog sich eine Hohnfalte, als das Malheur eines christlichsozialen Vorortblättchens ruchbar wurde, das Grillparzer für den Verfasser von Shakespeares »Kaufmann von Venedig« gehalten hatte. Im Vollgeföhle ihrer kosmopolitischen Bildung hat natürlich auch die 'Neue Freie Presse' über den armen Schreibergesellen, der von Shakespeare so wenig wußte, die Achseln gezuckt. Wann wäre dergleichen auch unter einem früheren Kommunalregime möglich gewesen! Unter Prix hat es weder so viel geschneit, noch so ungebildete Vorstadtreakteure gegeben. Aber unter Lueger haben sich auch die Redakteure der Inneren Stadt verschlechtert. Das beweist eine Notiz, die am 4. April unter den Theater— und Kunstnachrichten der 'Neuen Freien Presse' stand und in der ein so merkwürdiger Satz über Shakespeare enthalten ist, daß man die 'Neue Freie Presse', wenn auch nicht gerade für ein antisemitisches, so doch für ein Vorortblättchen ansehen könnte. Die Reklame für einen der abgetakeltsten Reise—Komödianten ist wörtlich wie folgt stilisiert: »Im Jantschtheater beginnt am Samstag den 7. d. M. der deutsch—englische Schauspieler Maurice Morisson ein Gastspiel und wird als 'Kean' und 'Königsleutnant' auftreten. Um sich *auch als Shakespeare—Darsteller* dem Wiener Publikum zeigen zu können, hat Herr Morisson in 'Kean' *statt der Hamlet—Szene* die große Szene aus dem ersten Akt von Richard III. eingelegt.« Die 'Neue Freie Presse' weiß also etwas von Shakespeare und ist nur bezüglich der Autorschaft bei »Hamlet« im Irrtum. Immerhin hat sie Unrecht getan, die christlichsoziale Partei für den Fehler des Journalisten, der nicht wußte, von wem »Der Kaufmann von Venedig« sei, verantwortlich zu machen. Mir fällt es nicht ein, den Bildungsgrad der Herren Noske und Matzenauer herabzusetzen, weil die 'Neue Freie Presse' annimmt, daß »Hamlet« nicht von Shakespeare ist.

* * *

Berichterstattung der 'Neuen Freien Presse'

Weltausstellung

»Die Berichterstattung über die Pariser Weltausstellung,« schrieb die 'Neue Freie Presse' in dem in Nr. 35 veröffentlichten Briefe an eine Trafikantin, »soll ohne Rücksicht auf die Kosten im *größten Stile* eingerichtet werden.« Und wer ist der Berichterstatter? Wie man aus zwei Vorberichten ersehen hat, *Berthold Frischauer*. Die Berichterstattung wird also, wenn nicht im größten, so doch sicherlich im *besten* Stil erfolgen ...

*

Krieg

Morgenblatt vom 31. März, Seite 3, mittlere Spalte, Privattelegramm: »Unsere Verluste sind: *ein* Offizier wurde getötet, *sieben* Offiziere und hundert Mann wurden teils getötet, teils verwundet.« Der eine Offizier ist also ganz tot, von den sieben anderen weiß man nicht, ob sie mehr tot als lebendig oder mehr lebendig als tot sind.

*

Mode

Abendblatt vom 15. März, Seite 2: »Sarah Bernhardt als Herzog von Reichstadt trägt im ersten Aufzug dunkle Bürgertracht, einen Paletot mit drei Krägen, schwarze Weste mit Spitzenjabot und einer großen Goldkette, darüber *Reithose* und hohe *Stiefeln*.«

* * *

Der Sportschmuck des 'Wiener Tagblatt' beschreibt (8. April) die Ausichten, die die Teilnehmer an einem internationalen *Wettschwimmen* haben, das der 'Erste Wiener Amateur—Schwimmclub' veranstaltet, und lädt das Publikum mit folgendem Zuruf zum Besuche des Schwimmfestes: »Also auf zu dem ersten *hippischen* Feste des neuen Jahrhunderts!«

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS

»*Los von Zion*.« Hinter dem Namen jenes »Kunz«, der jeden Sonntag die Leser der 'Neuen Freien Presse' anödet, verbirgt sich niemand Geringerer als Herr Herzl. Er hat auch guten Grund, sich zu verbergen. Wenn all die Leute, denen jetzt der Sonntag verdorben wird, das Redaktionslokal in der Fichtegasse stürmen wollten, so gäbe es eine üble Auseinandersetzung. Der König von Zion ist offenbar der Ansicht, daß man demonstrativ den Sonntag nicht heiligen dürfe. Zuerst führt er uns im Speisewagen eines Luxuszuges einen sentimentalern Herrn Kohn vor; dann läßt er wieder den Teilnehmer einer vornehmen Hochzeit, die in der Karlskirche stattfindet, im reinsten Jargon sprechen (»Entschuldigen Sie zur Güte!«). Sehr wertvoll ist ein Bekenntnis, das er

neulich im »Tagebuch eines Dramatikers« abgelegt hat. » ... Warum schreibt man eigentlich für das Theater? Und warum ist man so erbittert gegen die, welche es tun? Vielleicht, WEIL DIE AUFFÜHRUNG EINES STÜCKES NICHT VERSCHWIEGEN WERDEN KANN.« Das war unvorsichtig. In der 'Neuen Freien Presse' mindestens kann die Aufführung eines Stückes verschwiegen werden. Wenn der Autor z. B. nicht der »Concordia«—Sippe zugehört, wird er kaum beachtet; wird sein Stück z. B. im Jubiläumstheater aufgeführt, so findet er vollends nicht eine Zeile am andern Tag in der 'Neuen Freien Presse'. Herrn Herzl freilich passiert so etwas nie. Die Aufführung seiner Novitäten kann nicht verschwiegen werden. Trotzdem weiß man nicht, »warum« er »eigentlich für das Theater schreibt«. Die täglichen Reklamenotizen könnte er doch auch ohne dramatische Produktion, ohne »Käthchen« und »Gretel«, haben. Dasselbe gilt von seinen Kollegen in den anderen Wiener Redaktionen. Die Verunreinigung der Bühne, die Raimunds Namen führt, wird dennoch planmäßig betrieben. Herr Direktor Gettke klebt so sehr an der Gunst der »Concordia«, daß er neulich sogar einen Gerichtssaalreporter des 'Extrablatt' zum Dichten ermunterte.

Leser. Der Trousseau—Schmock des 'Neuen Wiener Tagblatt' gönnt sich noch immer keine Ruhe. Zuletzt hat er unter dem Titel »Die Brauttoilette der Kronprinzessin—Witwe« das Lob des berüchtigten 'Interessanten Blattes' verkündet. Es habe mit seiner letzten Nummer »wieder einmal bewiesen, daß es in der Reihe der illustrierten Blätter hors concours steht und seine publizistische Aufgabe, die BEDEUTENDSTEN EREIGNISSE in Bildern vorzuführen, die geradezu als HISTORISCH GETREUE DOKUMENTE bezeichnet werden müssen, musterhaft erfüllt«. Das 'Interessante Blatt' hat nämlich anlässlich der Vermählung der Kronprinzessin—Witwe »NICHT NUR Spezialaufnahmen aus Miramar gebracht; es zeigt seinen Lesern AUCH DIE HOHE FRAU IN BRAUTTOILETTE, und zwar nach einer photographischen Aufnahme, die in dem Modeatelier hergestellt wurde, welches die Toilette geschaffen hat«. Diese »stets betätigte rigorose Gewissenhaftigkeit« macht selbst auf das 'Neue Wiener Tagblatt', das doch die Tupfen auf den Nachthemden der Gräfin Lonyay gezählt hat, Eindruck ... Man könnte einwenden, daß das Blatt dafür bezahlt sei. Das ist aber keine Entschuldigung. Wofür ist denn das 'Neue Wiener Tagblatt' nicht bezahlt?

E. S. Nein, auch Ihre Zuschrift in Sachen der »DEUTSCHAKADEMISCHEN LESE—UND REDEHALLE« werde ich nicht veröffentlichen. Was in jener kurzen Anmerkung in Nr. 35 gesagt war — daß der Verein liberal sei und daß er nur bis zu einem Drittel »Juden« aufnehme —, wird ja in all den Briefen, die Sie und Ihre Kollegen mir ins Haus schicken, klipp und klar bestätigt. Bezüglich des zweiten Punktes — des »Judendrittels« — scheinen die Herren der »Halle« untereinander selbst verschiedener Ansicht zu sein. Ihr Obmann z. B. bezeichnet die Behauptung geradezu als »unwahr«, Und SIE erklären feierlich und in langer Ausführung, daß »WIR AM JUDENDRITTEL FESTHALTEN«. Sie hätten sich doch, bevor Sie mich mit Zuschriften überschwemmt, untereinander einigen sollen. Jetzt will mir der eine seine Verwahrungen gegen eine eventuelle Mißdeutung des Wortes »liberal« aufdrängen, der andere in einem mehrseitigen Essay auseinandersetzen, daß der Verein mit der prozentualen Duldsamkeit löbliche Assimilationsbestrebungen verfolge. Sie meinen, hierzulande kenne man leider nur »Antisemiten« und »Liberale« und vermöge es nicht zu fassen, wenn eine bürgerliche Partei nicht wie hypnotisiert auf die Polnaer Wälder starrt. Dies war mir auch vor Ihrem temperamentvollen und länglichen Schreiben bekannt. Aber daß Ihr Verein ein »freisinniger« ist, geben Sie ja selbst zu, und daß er sich der Gunst jener Abgeordneten erfreut, die mindestens für die Wählerversammlungen sich den starren Blick gen Polna angewöhnt haben, können Sie nicht leugnen. Die Lage der Universität zwischen

Rathaus und Schottenring scheint also in diesem Falle wenigstens keine rein lokale zu sein. Was aber hat dies alles mit der »Assimilation« zu tun, die ich so oft befürwortet und um deren willen ich mich angeblich gerade von Ihrem Kreise angezogen fühlen müßte? Über die Methode, nach der Sie die Assimilation herbeiführen wollen, mag ich mich hier nicht auslassen. Nur so viel: Sie halten es für notwendig, daß innerhalb des Rassengemenges »eine Rasse physisch und moralisch ein so starkes Übergewicht habe, daß die anderen spurlos in ihr aufgehen. Darum sind die heutigen Deutschen, physisch ein typisches Mischvolk, dennoch als Germanen zu bezeichnen, ja als Hauptträger des Germanentums ... « Ganz richtig. Anstatt aber die Förderlichkeit der RASENKREUZUNG daraus abzuleiten, rufen Sie pathetisch: »Aus diesen Sätzen folgt ZWANGLOS, warum wir am JUDENDRITTEL FESTHALTEN.« Ja, erfolgt denn beim Eintritt in die deutsch—akademische Lese— und Redehalle sofortige Blutmischung?

Arzt. Ich weiß es wohl, 'Neue Freie Presse' und 'Neues Wiener Tagblatt' haben von der ganzen großen Affäre SCHRÖTTER kein Wörtchen verlauten lassen. Dafür brachte eines dieser wackeren Blätter kürzlich eine ekle Reklamenotiz für die Klinik des Hofrates, die der Schauplatz einer herzbewegenden Szene gewesen sei. Der Vater Schrötter wurde als großmütiger Lebensretter vorgeführt, der drei verwaisten Mädchen Mut im »Kampfe ums Dasein« zuspricht, in dem er ihnen »nach Kräften beistehen werde«. Unter den »klinischen Assistenten«, die an dem lebenden Bilde mitwirkten, wurde auch Herr Dr. v. Schrötter junior genannt. Nun ist der junge Schrötter, wie schon einmal erwähnt, nur mehr Privatassistent seines Vaters, wenn dieser ihm auch im Kampfe ums Dasein auf der Klinik nach Kräften beisteht. Und kein noch so gerührter Schmock vermag es, ihn jetzt in ein öffentliches Amt zu befördern. Viel eher wird dies die zu gewärtigende Vermählung des Herrn HARTEL junior mit Fräulein Frieda v. Schrötter imstande sein. Doppelt hält besser; die Familie Schrötter wird dann mit zwei österreichischen Unterrichtsministern verwandt sein. Anzengrubers »'s kann D'r nix g'scheh'n!« scheint als das Lösungswort des österreichischen Protektionismus gedacht zu sein, der auch angesichts diffamierender Handlungen seine Wirkung nicht verfehlt.

Dentist. So muß ich mich denn auch mit den Zähnen der Fürstin Metternich befassen! Was Sie mir mitteilen, ist in der Tat keine Privatangelegenheit mehr, sondern die Ursache einer gewerberechtlichen Beschwerde, die die Wiener Zahntechniker in Fachblättern bereits vorgetragen haben. Sie und Ihre Kollegen also haben gar nichts dagegen, wenn die Fürstin Metternich jährlich einmal nach Dresden fährt — etwa in Begleitung des Präsidenten der »Concordia« — und sich dort von ihrem Zahnarzt behandeln läßt. Auch Graf Goluchowski fährt ja in jedem Jahr einmal nach Paris, hält sich dort acht Tage auf, und wenn unsere Offiziösen bereits von schweren diplomatischen Verwicklungen geheimnisvoll berichten, so ahnen sie nicht, daß unser friedfertiger Minister des Äußern bloß sein Mundwerk, das ja zu den wichtigsten gemeinsamen Angelegenheiten beider Reichshälften gehört, nachsehen und eventuell plombieren lassen wollte. Nicht so die Fürstin Metternich. Sie läßt sich ihren ausländischen Zahnarzt alljährlich, wenn die Zeit der Blumenkorsos naht, nach Wien in das Hotel Bristol kommen. Nun sind Ausnahmen bezüglich der Zulassung ausländischer Ärzte zur Praxis nur für jene festgestellt, die an den Landesgrenzen ihren Beruf ausüben. Anders verhalten sich unsere Behörden dem Leibzahnarzte der Fürstin Metternich gegenüber, dem die Wiener Praxis nicht nur gestattet, sondern »tunlichst« erleichtert wird. Da auch unsere Kapazitäten ins Ausland berufen werden, so müßte man sich wohl nicht daran stoßen, wenn unsere Behörden bei Gastspielen hervorragender auslän-

discher Ärzte durch die Finger sehen. Aber Welch ein Apparat wird von unseren Ämtern aufgeboten, wenn ihnen die Fürstin Metternich die Zähne zeigt! Im Winter schon werden »von oben« alle Vorbereitungen für die ungestörte Reparatur des durchlauchtigen und großmächtigen Mundes getroffen, im Winter ergeht alljährlich, wie ich aus dem mir übersandten Zitat der 'Ärztlichen Reformzeitung' erfahre, »laut Physikatsbericht an den Magistrat EIN ERLASS DES MINISTERIUMS DES INNERN IM WEGE DER STATTHALTEREI, womit die politische Behörde erster Instanz aufgefordert wird, den sächsischen wandernden Hofzahnarzt IN DER AUSÜBUNG SEINER PRAXIS AN EINIGEN HOCHGESTELLTEN PERSÖNLICHKEITEN NICHT ZU BEHELLIGEN«. Und die nichtbeschäftigten einheimischen Ärzte können sich inzwischen bloß damit beschäftigen, die Steuern pünktlich zu zahlen ... Wenn ihnen diese Tätigkeit allzu monoton erscheint, so mögen sie zum Zeitvertreib vor den Verwaltungsgerichtshof gehen und ihn fragen, ob in Österreich ein Wink der Gönnerin Edgars v. Spiegl genügt, um die Behörden zur materiellen und moralischen Schädigung einheimischer Gewerbetreibender zu animieren.

Leser in Prag. Sie irren. Herr NICOLAUS TH. DUMBA, der in den Verwaltungsrat der Länderbank wiedergewählt wurde, ist nicht der Verstorbene, sondern dessen Vetter. Es ist aber charakteristisch, daß viele Leute in dem Glauben waren, es handle sich um jenen Dumba, der einen Tag vor der Generalversammlung begraben wurde. Man ist es so gewöhnt, daß Verwaltungsräte zu schweigen haben, daß der Gedanke naheliegt, Tote müßten eigentlich die besten Verwaltungsräte sein.

Maler Joseph M. Auchtaller. Ihre Verwahrung gegenüber der Behauptung, daß Sie am Arrangement der diesmaligen Sezessionsausstellung beteiligt seien, bringe ich gerne zur Kenntnis meiner Leser.

G. J. Das k. k. Stilgefühl will's nun einmal nicht anders. Unklarheit kann man unserem Amtsdeutsch freilich nicht zum Vorwurf machen. Das beweist der von Ihnen mitgeteilte Satz: »Falls diese Legitimation dem Inhaber in Verlust gerät, ist derselbe verpflichtet, hiervon derjenigen k. k., beziehungsweise k. u. k. obersten Zentralstelle, Landesbehörde, beziehungsweise dem obersten Hofamte, welche, beziehungsweise welches diese Legitimation ausgestellt hat, unverzüglich Anzeige zu erstatten.« — Diese wirklich präzise Bestimmung findet sich auf Seite 15 der amtlichen Legitimation für k. k., beziehungsweise k. u. k. Staats— und Hofbedienstete.

»Diverse schwer geschädigte Interessenten.« Die 'Fackel' hat auf die fortgesetzten Preiserhöhungen durch das PETROLEUMKARTELL schon zweimal — VOR den Abgeordneten Schlesinger und Genossen und VOR dem 'Deutschen Volksblatt', auf das Sie sich berufen — hingewiesen. Seither hat sich die Öffentlichkeit wiederholt mit dem Kartell beschäftigt, und sogar Herr Scharf, der seit 1. Jänner 1900 teilweise unbestechlich ist, bemüht sich, wieder einmal eine gute Sache zu kompromittieren.

Dem Abonnenten des 'Wiener Tagblatt'. Sie wundern sich, daß die Verdonnerung des Schauspielerstandes just in dem Blatte des Herrn Frischauer verübt ward, der nicht genug Theaterfreikarten für sich, seine Familie und selbst die Leute in seiner Advokaturskanzlei zusammenscharren kann? Ja, die DIREKTOREN sind doch auf Herrn Frischauer nicht böse! — Die Besprechung des »Autorenabends« ist mir nicht entgangen. So lange ein Schriftsteller dem Redaktionsverbande eines Wiener Tagesjournals angehört, sind seine dramatischen oder novellistischen Leistungen durch die Marke der Kollegialität geschützt. Herr Paul v. SCHÖNTHAN hat — und das ist wahrlich kein Vergnügen — durch viele Jahre den Feuilletonteil des 'Wiener Tagblatt' geleitet. Selbstverständlich kehrte er, als Herr Frischauer an's Ruder kam, der Redaktion den

Rücken. Einige Wochen später tritt er als Vorleser am 'Wiener Autorenabend' auf, liest Feuilletons, die vielleicht früher im 'Wiener Tagblatt' am Sonntag erschienen sind, und — die ordinärste Anflehlung durch einen kritischen Landsknecht ist die Folge. So will's der Brauch in den Wiener Redaktionen. — Bei dieser Gelegenheit sei ein kleiner Irrtum korrigiert. In der vorletzten Nummer erwähnte ich, daß das 'Wiener Tagblatt' Frischauers, dessen Gattin Präsidentin des Vereins »Kinderhort« sei, die Burgschauspieler totschweige, die gratis an einer Veranstaltung dieses Vereins mitgewirkt haben. Und nun bittet mich die Präsidentin des »Kinderhort«, zu konstatieren, daß sie nicht die Gattin des Eigentümers des 'Wiener Tagblatt' ist. Ich freue mich dieser entschiedenen Verwahrung und füge die Versicherung hinzu, daß ich den naheliegenden Irrtum nicht ABSICHTLICH beging. Das wäre nämlich eine sehr billige Taktik. Man bringt alle möglichen unbescholtenen Leute mit Herrn Frischauer in Verbindung und provoziert dankende Ablehnungsschreiben von allen Seiten.

Besorgten Eltern. Am Tage des Erscheinens der Nr. 36 der 'Fackel', die den Selbstmord eines Handelsakademikers besprach, meldeten die Tagesblätter kurz und kommentarlos, daß abermals ein Zögling des Herrn Sonndorfer sich das Leben genommen habe. Es war der VIERTE in der Reihe der frequentanten der Wiener Handelsakademie, die seit Beginn dieses Schuljahres in den Tod gegangen sind. Ich verspreche, daß ich auf die zahllosen Zuschriften, die ich seither von den bekümmerten Eltern der Überlebenden, sowie von ehemaligen Hörern der Anstalt erhalten habe, in der nächsten Nummer zurückkommen werde.

Freundlichen Helfern mußte ich es diesmal überlassen, den größeren Teil des Heftes fertigzustellen. Ich sage allen, die mir anlässlich des Todes meines Vaters ihre Teilnahme bekundet haben, auf diesem Wege meinen herzlichen Dank.

ANTWORTEN DER GESCHÄFTSSTELLE

Auf mehrere Anfragen. Das Wiener Oberlandesgericht hat mit Beschluß vom 16. Jänner 1900, G. Z. XXIII 59, 5359 entschieden, daß das Titelblatt einer Broschüre nicht als Marke angesehen werden kann, und dem Einspruch etlicher Buchhändler gegen die wegen Vergehens des Markeneingriffs erhobene Anklage (Siehe Nr. 10 und 12 der 'Fackel') stattgegeben. Das 'OESTERREICHISCHE PATENTBLATT', herausgegeben vom K. K. PATENTAMT, Nr. 5 vom 1. März, publiziert diese seltsame Entscheidung des Wiener Oberlandesgerichtes, versieht sie aber mit einer interessanten Anmerkung, deren Wortlaut folgender ist:

»Vergleiche hingegen unter anderem die Entscheidung des Handelsministeriums vom 31. Oktober 1883, Z. 35247 und das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 11. Juni 1884, Z. 1105 (Budw. Nr. 2165), mit welchem die gegen diese Entscheidung gerichtete Beschwerde als unbegründet abgewiesen wurde.

In dem zitierten Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes heißt es:

'Durch das Markenschutzgesetz ist dem Inhaber von Preßgewerben die Möglichkeit geboten, sich gegen die Irreführung des Publikums über die Identität der Werke durch Registrierung von Schutzmarken (Sinnbildern, Chiffren, Vignetten) zu schützen, wobei sich jedoch die Verschiedenheit der Objekte des Nachdruckgesetzes und des Markenschutzgesetzes darin äußert, daß es sich bei Anwendung des letzteren niemals um das Verbot der mechanischen Vervielfältigung eines Werkes, sondern nur um die Berechtigung handeln kann, ein Werk mit einem bestimmten äußeren Merkmal auszustatten ... Durch § 33 des Pressgesetzes vom Jahre 1862, wonach jede Druckschrift den Namen des Druckers, sowie des Verlegers oder Herausgebers zu enthalten hat, ist GEWISS NICHT AUSGESCHLOSSEN, daß ein Erzeuger von DRUCKWERKEN sich AUCH der durch das MARKEN-SCHUTZGESETZ gebotenen, mehr in die Augen fallenden MITTEL BEDIENE, UM SEINE ERZEUGNISSE VON DENEN EINES ANDERN ZU UNTERSCHIEDEN.'«

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: **K a r l K r a u s .**
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.